

REPORT BERLIN

Bericht aus dem
Deutschen Bundestag
von Carsten Müller

07/2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

der Bundesrechnungshof hat in dieser Woche Prüfergebnisse veröffentlicht, die eine heftige Ohrfeige für das von SPD-Ministerin Barbara Hendricks geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind. Nach Ansicht der Prüfer ist ihr Haus nicht vollumfänglich aktiv geworden, um zu einer zügigen und wirtschaftlichen Errichtung des **Endlagers Konrad** beizutragen. Zudem sei die Fachaufsicht nur unzureichend wahrgenommen und Konflikte zwischen den Projektbeteiligten nicht gelöst worden. Diese entlarvende Analyse des Bundesrechnungshofs bestätigt auch den Eindruck, den ich seit geraumer Zeit habe: Das Hendricks-Ministerium zeigte sich in Gesprächen oft nicht ausreichend informiert und ahnungslos, ließ den Beteiligten vor Ort freie Hand und griff bei Schwierigkeiten nicht frühzeitig aktiv ein. Das führte zu Verzögerungen, höheren Kosten und vor allem zu großer Ungewissheit bei den Menschen in der Region. Das ist keine verantwortungsvolle Fachaufsicht!

Ein bestimmendes Thema in dieser Berlin-Woche war die **innere Sicherheit**. Bei der Klausurtagung der CDU-Landesgruppe Niedersachsen berichtete Innenminister Thomas de Maiziere über die aktuelle Lage und ging dabei auch auf die in dieser Woche veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik ein. Diese macht deutlich: Es ist wichtig und richtig, dass wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf massive Investitionen in die innere Sicherheit hingewirkt haben und dies auch weiterhin machen werden. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürgern hat höchste Priorität. Ziel für die Zukunft muss es sein, dass die Statistik deutlich mehr Licht als Schattenseiten aufweist – Sicherheit erhöhen, Gefahren reduzieren.

Ein positiver Befund der aktuellen Statistik ist der Rückgang der **Wohnungseinbrüche** um 9,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Trend muss verstetigt werden. Sorgen macht mir hingegen, dass die Anzahl der Gewaltverbrechen um 6,7 Prozent gestiegen ist. Das kann und darf nicht toleriert, sondern muss entschieden bekämpft werden. Wichtige Voraussetzung dafür ist ausreichendes Personal bei Polizei und Ermittlungsbehörden. Der Bund ist hier bereits aktiv geworden, nunmehr müssen auch die Länder mehr Polizisten einstellen.

Sehr bedenklich ist auch, dass 2016 der **Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte** innerhalb um rund neun Prozent zugenommen hat. Zudem stieg die Zahl der Polizeibeamten, die Opfer von vollendeten Straftaten wie Körperverletzung oder Bedrohung wurden, um rund elf Prozent. Deshalb ist es wichtig, dass Polizisten und Rettungskräfte bei ihrem täglichen Einsatz für die Gesellschaft besser geschützt werden. Richtig ist in diesem Zusammenhang, dass sich der Schutz nicht nur auf Polizeibeamte bezieht, sondern auch Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste berücksichtigt. Das ist überfällig! Leider erleben wir immer wieder, dass zum Beispiel Feuerwehrleute und Sanitäter bei ihrem Einsatz für Menschenleben behindert, gestört oder angegriffen werden. Polizisten und Rettungskräfte tragen zu einem funktionierenden Gemeinwesen bei, sie stehen für Sicherheit und Ordnung, sie helfen in Notsituationen, sie setzen Recht und Gesetz durch. Sie haben deshalb großen Respekt und Wertschätzung sowie größtmöglichen Schutz verdient.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 28. April 2017



Carsten Müller
Mitglied des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 – 73298
Fax: 030/227 – 76298
carsten.mueller@bundestag.de
www.carsten-mueller.com

Ausbau der Kindertagesbetreuung

In zweiter und dritter Lesung wurde das vierte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ zwischen Bund und Ländern umgesetzt. Damit wird die gemeinsame Finanzierung von 100.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder gesichert – nicht wie bislang nur für Kleinkinder unter drei Jahren, sondern bis zum Schuleintritt. Dazu wird das vom Bund 2007 eingerichtete Sondervermögen um 1,126 Milliarden Euro aufgestockt. Dieses Jahr werden Bundesmittel in Höhe von 226 Millionen Euro und in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich je 300 Millionen Euro als Einlage getätigt. Im Rahmen des Programms können künftig auch Investitionen gefördert werden, die der Bewegungsförderung, der gesundheitlichen Versorgung sowie der Inklusion oder der Familienorientierung dienen.

Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen

Ehen zwischen Minderjährigen können das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen sowie deren Entwicklungschancen maßgeblich beeinträchtigen. Es ist Aufgabe, im Sinne des Kinderwohles und des Schutzbedürfnisses Minderjähriger tätig zu werden. In erster Lesung wurde deshalb ein Gesetzentwurf beraten, mit dem das Ehemündigkeitsalter im deutschen Recht ausnahmslos auf 18 Jahre festgelegt werden soll. Eine entgegen dieser Bestimmungen geschlossene Ehe ist aufhebbar, wenn ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Eheschließung das 16. Lebensjahr bereits vollendet hatte. Wenn ein Ehegatte das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, wird die Wirksamkeit der Ehe versagt. Diese Grundsätze sollen auch für nach ausländischem Recht wirksam geschlossene Minderjährigenehen gelten.

Steuerungsbekämpfungsgesetz

In dieser Woche wurden die national erforderlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen im Zuge der sogenannten „Panama Papers“ gezogen. Mit dem Gesetzentwurf, der in zweiter und dritter Lesung beschlossen wurde, werden inländischen Steuerpflichtigen die Möglichkeiten erschwert, mittels Briefkastenfirmen in Steueroasen ihre Steuerpflichten in Deutschland zu umgehen. Hierfür erweitern wir Mitwirkungspflichten, führen neue Anzeigepflichten für Banken ein und statten die Finanzverwaltung mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen aus. Weitere steuerrechtliche Änderungen betreffen die dauerhafte Fortschreibung des permanenten Lohnsteuer-Jahresausgleichs. Zudem wird Missbrauch beim Kindergeldbezug eingegrenzt.

Rentengesetze

In erster Lesung wurde eine Anhebung der Erwerbsminderungsrenten für all diejenigen, die ab 2018 aus gesundheitlichen Gründen früher in Rente gehen müssen, beraten. Deren Zurechnungszeit soll schrittweise bis 2024 auf das 65. Lebensjahr angehoben werden. Dadurch berechnen sich die Renten von Erwerbsgeminderten so, als ob sie drei Jahre länger als bisher gearbeitet hätten. Entsprechendes soll ebenfalls für Erziehungs- und Hinterbliebenenrenten gelten. Gemäß Koalitionsvertrag werden mit dem Gesetz über den Abschluss der Rentenüberleitung die Voraussetzungen für die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West bis zum Jahr 2025 geschaffen. Mit diesem Vorhaben wird der Grundstein für ein bundesweit einheitliches Rentenrecht gelegt. Damit wird in einem wichtigen Bereich zur Rechtseinheit und damit zu inneren Einheit des Landes beigetragen.



**Weitere Informationen zur Woche im
Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:**

www.cdusu.de
www.bundestag.de

Regierung erwartet Beschäftigungsrekord

Deutschland steuert dank einer weiter guten Wirtschaftsentwicklung auf den nächsten Beschäftigungsrekord zu. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in diesem Jahr um mindestens 530.000 Personen zulegen und im kommenden Jahr um weitere 310.000 auf das Rekordniveau von 44,4 Millionen 2018 – das wären im Vergleich zu 2013 mehr als zwei Millionen Beschäftigte mehr. Das geht aus der aktuellen Frühjahrsprognose der Bundesregierung hervor. Trotz der hohen Flüchtlingszahlen dürfte die Zahl der Arbeitslosen 2017 im Jahresdurchschnitt um 140.000 zurückgehen und im kommenden Jahr in etwa unverändert bleiben. (Quelle: dpa)



In dieser Woche wurde Carsten Müller vom Braunschweiger Wirtschafts junior Lucas Schubert begleitet, der am 23. Know-how-Transfer der Wirtschafts juniorien Deutschland teilnahm.

Bundesregierung: Wirtschaft wächst in diesem Jahr um 1,5 Prozent

Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Im kommenden Jahr werde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um voraussichtlich 1,6 Prozent anziehen. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht vom Januar war die Regierung für dieses Jahr noch von einem Anstieg des BIP um 1,4 Prozent ausgegangen. Die gute Lage am Arbeitsmarkt und der kräftige Beschäftigungsaufbau sorgten zudem für eine solide Binnenwirtschaft. Bei den Verbraucherpreisen rechnet die Regierung in diesem Jahr mit einem Zuwachs von 1,8 Prozent, was vor allem an steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreisen liege. Demnach dürfte der Index im Jahr 2018 um 1,6 Prozent steigen. (Quelle: AFP)

Ifo-Geschäftsklima hellt sich im April auf

Die Stimmung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft ist im April unerwartet deutlich gestiegen. Der Geschäftsklimaindex kletterte von 112,4 auf 112,9 Punkte. Die deutsche Wirtschaft wächst kräftig. Die deutsche Wirtschaft profitiert derzeit von der Belebung der Weltkonjunktur, dem Bauboom und einem robusten Konsum. Die führenden Forschungsinstitute hoben deshalb zuletzt die Wachstumsprognosen für dieses Jahr von 1,4 auf 1,5 Prozent und für 2018 von 1,6 auf 1,8 Prozent an. (Quelle: Reuters)